



Jens Peick
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jens Peick, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Dortmund, 31.10.2022

Jens Peick, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77630
Email: jens.peick@bundestag.de

Jens Peick, MdB
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
Telefon: +49 231 958046 - 45
Email: jens.peick.wk@bundestag.de

Pressemitteilung: Vertrauen schaffen durch das neue Bürgergeld

Parlamentarische Staatssekretärin Kerstin Griese und MdB Jens Peick im Dialog mit Jobcenter und Bürgern

Die DASA bot die passende Kulisse für den Dialog zum Thema Arbeit. Am vergangenen Mittwoch, den 26.10.22, trafen dort Bürgerinnen und Bürger zusammen, die die Frage bewegt: Was passiert, wenn man keine Arbeit mehr hat?

Eingeladen zu diesem „Fraktion vor Ort“ Gespräch hat der Dortmunder Bundestagsabgeordnete Jens Peick (SPD) gemeinsam mit Kerstin Griese, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Anlass war die kommende Reform des ALG II – das Bürgergeld, mit dem Hartz IV abgeschafft wird. Mit Peick und Griese diskutierten auf dem Podium Moritz Duncker, Personalratsvorsitzender der Jobcenter, Ansgar Funcke als Vertreter der lokalen Wohlfahrtsverbände und die Dortmunder Sozialdezernentin Birgit Zoerner.

Griese stellte zunächst die Elemente des geplanten Bürgergeldes vor. Ziel sei es, die Grundsicherung für Arbeitsuchende zu erneuern. So erläuterte sie: „Wer auf eine Unterstützung angewiesen ist, soll sie auch bekommen: zielgerichtet, unbürokratisch und auf Augenhöhe. Mit dem neuen Bürgergeld werden wir Arbeitsuchende ermutigen, sich weiter zu qualifizieren, einen Schulabschluss nachzuholen oder eine Ausbildung zu machen. Denn der Sozialstaat soll den Menschen als Partner zur Seite stehen.“



Die Erwartungen an das Bürgergeld, das zum 01.01.2023 in Kraft treten soll, sind hoch. So betonte Ansgar Funcke, der die Dortmunder Wohlfahrtsverbände vertrat, dass das Vertrauen der Arbeitssuchenden entscheidend für die Akzeptanz der Reform sein werde. „Es geht darum den Menschen zu zeigen, sie sind Bürger und keine Bittsteller“, so Funcke.

Moritz Duncker, Bundesvorsitzender der Jobcenterpersonalräte, stellte fest: „Dass nun der Vermittlungsvorrang abgeschafft wird, das hätte ich mir vor einem Jahr noch nicht träumen lassen.“ Der Vermittlungsvorrang legte bisher fest, dass die Aufnahme einer Arbeit stets Vorrang hat – selbst vor Aus- und Weiterbildung. Mitarbeiter des Jobcenters sind aktuell dazu angehalten, Leistungsbeziehende so schnell wie möglich in Jobs zu vermitteln. Häufig auf Kosten einer langfristigen Perspektive.

Nach intensiven Gesprächen, auch mit einigen Arbeitsvermittlern, die den Weg ins Publikum gefunden hatten, zog Peick am Mittwochabend ein positives Fazit: „Mit dem Bürgergeld schaffen wir einen Kulturwandel. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Umbrüche ist es wichtig, dass die hart arbeitenden Menschen in unserem Land sich auf uns und unser Sozialsystem verlassen können.“